



8. Juli 2016

CDU

60. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

die Menschen, die zu uns kommen, weil sie schutzbedürftig sind, verdienen unsere Unterstützung bei der Integration. Deshalb ist es so wichtig, dass wir konsequent zwischen

denen unterscheiden, die Schutz brauchen, und solchen, bei denen das offensichtlich nicht der Fall ist. Letztere müssen unverzüglich in ihre Heimat zurückkehren.

Integration ohne Bleibeperspektive kann es deshalb nicht geben. Die diesbezüglichen Vorschläge der Integrationsbeauftragten Aydan Özoguz (SPD) laufen letztlich darauf hinaus, das Asylrecht zum Einwanderungsrecht umzubauen. Dieser Ansatz verkennet, dass die Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft Grenzen hat. Außerdem wird der Eindruck erweckt, als gäbe es keine Regelungen für die Zuwanderung. Dem ist keineswegs so. Schon heute haben wir ausreichende Regelungen, die Deutschland nach den USA zum größten Zuwanderungsland weltweit gemacht haben. Auf Dauer wird Integration nur gelingen, wenn wir es schaffen, die Flüchtlingszahlen zu senken und den Zugang von Migranten zu steuern.

Das Integrationsgesetz, das wir in dieser Woche beschlossen haben, ist für die Menschen gedacht, die wir aufgenommen, aber uns nicht ausgesucht haben. Genau hier liegt der Unterschied zu einem Einwanderungsgesetz, das Kriterien für die Aufnahme festlegt, die nicht

in erster Linie auf humanitären Erwägungen beruhen.

Die Integration von Hunderttausenden Menschen ist eine riesige Herausforderung für die Gesellschaft. Vielen von ihnen fehlen nicht nur Sprachkenntnisse, sondern oft auch eine Ausbildung sowie das Verständnis für unsere Kultur.

Die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert die Integration in die Gesellschaft. Deshalb steht im Mittelpunkt des Integrationsgesetzes der in der Arbeitsmarktpolitik bewährte Zweiklang von Fördern und Fordern. Der schnellere Zugang zum Arbeitsmarkt soll durch Verbesserung und Ausbau des Angebots an Integrations- und Sprachkursen gefördert werden. Im Gegenzug wird von den zu uns kommenden Menschen gefordert, die Angebote zu einer zügigen Integration auch anzunehmen. Den Ausbildungsbetrieben und den jungen ausbildungswilligen Menschen bieten wir Rechtssicherheit, weil für die gesamte Ausbildungsdauer von drei Jahren die Aufenthaltsgeldung gilt. Die Duldung verlängert sich um zwei weitere Jahre, wenn nach erfolgreichem Berufsabschluss beim Arbeitgeber weiter gearbeitet werden kann.

Mehr Chancen für eine erfolgreiche Eingliederung der Flüchtlinge wird auch die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge bewirken bringen: gelingt uns eine bessere Verteilung von Flüchtlingen auf viele Kommunen, werden auch die notwendigen Eingliederungsleistungen auf viele Schultern verteilt.

Ihre 
Ingrid Pahlmann MdB

Mutterschutz auf der Höhe der Zeit

Mit der in dieser Woche zum ersten Mal im Bundestag beratenen Novelle des Mutterschutzgesetzes soll ein zeitgemäßer Mutterschutz geschaffen werden. Anders als bei seiner Einführung vor mehr als 60 Jahren sind Frauen heute selbstverständlich berufstätig und die Vereinbarkeit von Schwangerschaft und Erwerbstätigkeit ist eine Normalität. Prägen seinerzeit zahlreiche Beschäftigungsverbote das Arbeitsschutzrecht für schwangere Frauen, so steht heute das Bemühen im Vordergrund, dem Beruf oder der Ausbildung weiter nachgehen zu können – ohne Beeinträchtigung der Gesundheit von Mutter und ungeborenem Kind. Deshalb haben wir unter anderem die Nacht-, Sonn- und Feiertagsregelungen flexibler gestaltet und an die neusten gesundheitlichen Erkenntnisse angepasst. Mit der Reform stärken wir die Entscheidungsfreiheit der Frauen und den erforderlichen Schutz von Mutter und Kind gleichermaßen.

Besonders wichtig ist der Union, Frauen mit Frühgeburten oder die Kinder mit Behinderungen zur Welt bringen, künftig durch eine verlängerte Schutzfrist nach der Geburt von acht auf 12 Wochen noch stärker zu unterstützen.

Darüber hinaus wird das Gesetz dort ergänzt, wo noch Regelungslücken bestehen: Zukünftig wird auch eine Frau, die gerade eine Fehlgeburt erlitten hat, vom mutterschutzrechtlichen Kündigungsschutz erfasst. Die ausdrückliche Einbeziehung von arbeitnehmerähnlichen Personen sowie Schülerinnen und Studentinnen in das Mutterschutzgesetz schafft einen angemessenen Schutzrahmen und Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Was können, müssen wir tun?

Viele Zuwanderer und Asylbewerber kommen aus einem Kulturkreis, in dem Vorurteile und Hass gegen Juden zum festen Bestandteil der dortigen Politik, Gesellschaft und Religion gehören. Ein besonders negatives Beispiel ist der jährliche so genannte „Al Quds Tag“, an dem mitten in Europa und Deutschland unter anderem Staatsbürger arabischer Herkunft unser Demonstrationsrecht für die Forderungen der Vernichtung Israels missbrauchen. Wie können wir dem Antisemitismus im fundamentalistischen Islam nachhaltig entgegentreten? Zu diesem Thema hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Fachgespräch in den Deutschen Bundestag geladen.



Mehr als 200 Gästen verfolgten die Diskussion der Podiumsteilnehmer Lala Süßkind (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus), Thomas Haldenwang (Bundesamt für Verfassungsschutz), Abraham Lehrer (Zentralrat der Juden), Deidre Berger (AJC) und Düzen Tekkal (Journalistin).

EEG-Reform beschlossen

Aufgrund intensiver Zusammenarbeit in der großen Koalition sowie mit der EU-Kommission können wir nun die Weichen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien neu stellen. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, schaffen wir den Übergang vom bisherigen System der Festvergütungen zu Strommengenaus-schreibungen. Die Ausschreibungen beginnen 2017 und erfolgen aufgeteilt nach Windkraft auf See, Windkraft an Land, Photovoltaik und Biomasse. Die Ausschreibungsmengen sind so zu bemessen, dass der Ausbaukorridor von 40 bis 45 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2025 eingehalten wird.

In den parlamentarischen Beratungen haben wir den Regierungsentwurf in kurzer Zeit an zahlreichen Stellen weiterentwickelt. Insbesondere wird der Ausbau der Windenergie auf See besser mit dem Stromnetzausbau an Land verzahnt. Er wird in den Jahren 2021 bis 2025 reduziert, weil bis dahin die erforderlichen Stromtrassen noch nicht zur Verfügung stehen. Das wird insbesondere den Norden treffen, aber so lange der produzierte Strom nicht angemessen transportiert werden kann, ist ein weiterer Ausbau der Offshore Anlagen aus Kostengründen nicht vertretbar. Da hat die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen den Netzausbau verschlafen. Erzeugter Strom, der nicht in Netze geleitet werden kann erhöht die Kosten für die Verbraucher.

Des Weiteren wird unter anderem die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen angepasst, die Ausschreibung für alle Biogasanlagen geöffnet und Windenergieanlagen an Land in sogenannten Netzaus-

baugebieten begrenzt. Über Photovoltaik auf Ackerflächen entscheiden in Zukunft die jeweiligen Bundesländer. Die Länderklausel zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächen halte ich für falsch. Bei dem täglichen Bodenverlust, der in Deutschland jeden Tag mehr Flächen in der Größe von 80 Fußballfelder umfasst ist jede weitere Zerstörung von Ackerland zu verhindern.

Nein heißt Nein

Das Sexualstrafrecht wird verschärft, Strafbarkeitslücken geschlossen und ein klares Zeichen gesetzt: Wenn jemand einen sexuellen Kontakt nicht will, ist das ohne Wenn und Aber zu akzeptieren.



Zukünftig reicht die Vornahme sexueller Handlungen gegen den erkennbaren Willen des Opfers zur Strafbarkeit aus. Der Grundsatz „Nein heißt Nein“ verträgt keine Einschränkung und wird durch maßgeblich von der Unionsfraktion im parlamentarischen Verfahren voran getriebene Änderungen fest im Sexualstrafrecht verankert.

Mit den neuen strafrechtlichen Regelungen geben wir auch die richtigen Antworten auf die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und an anderen Orten in unserem Lande, bei denen Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden. Zukünftig werden mittels eines neuen Straftatbestandes der sexuellen Belästigung auch das sogenannte Grabschen und solche Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden, geahndet.

Änderung des Bundesjagdgesetzes

Am Freitag haben wir das Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes beschlossen. Leider haben wir nur das sogenannte „kleine Jagdgesetz“ beschließen können.

Seit Beginn der Wahlperiode haben wir die Novellierung im Agrarausschuss beraten. Wir haben angestrebt, die Jägerausbildung bundesweit einheitlich zu regeln, das Unterrichtsfach Wildbrethygiene sollte als Sperrfach eingeführt werden. Im Bereich Jagdmunition hatten wir uns bundesweit auf den Passus der Bleiminimierung geeinigt, da hier aus tierschutzrechtlichen Gründen für uns die sichere Tötung im Vordergrund stand, die zum

Teil noch nicht in allen Bereichen mit bleifreier Munition erreicht ist. Auch im Bereich des Schießübungsnachweises hatten wir eine bundeseinheitliche Regelung gefunden, die vermieden hätte, dass Jäger an der jeweiligen Landesgrenze unterschiedliche Schießnachweise vorlegen müssen.

Unsere Berichterstatter haben in zähen Verhandlungen mit der SPD und den verschiedenen Landesjägerschaften das Paket ausgehandelt. Die erfolgreiche Kompromissfindung wurde noch auf dem Bundesjägertag in Wolfsburg am 8. Juni von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt verkündet. Nicht einmal 14 Tage später kam dann aber das Aus durch den CDU Parteivorsitzenden Horst Seehofer. Die CSU werde dem Paket nicht zustimmen. So haben wir nun in einem ersten Schritt zumindest die „Halbautomaten“ im „kleinen Jagdgesetz“ geregelt.

Im Frühjahr 2016 hatte das Bundesverwaltungsgericht den Gebrauch von Waffen mit mehr als einem Schuss im Magazin verboten. Obwohl es aber im Jagdbereich durchaus einmal nötig sein kann, auf ein flüchtendes Tier einen zweiten Schuss auszubringen, wäre dies nicht mehr möglich denn die Waffen hätten unbrauchbar gemacht werden müssen. Hier musste zügig gehandelt werden, um diese Regelung abzuwenden. Wir sind innerhalb der Fraktion aber einig, dass wir im Herbst einen zweiten Versuch unternehmen werden, doch noch die große bundeseinheitliche Lösung zu erreichen.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU